

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, kändliche u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Käfner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Vorfälle, hat der Verleger keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Ercheint werktäg. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,16 R.-Markt, 5. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Markt, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 R.-Markt, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Markt, Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Markt, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Beispresen Nr. 9. Postfach Nr. 2. Waldenburg. Druckerei: E. Käfner. Druckort: Waldenburg. Abgabe nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter Zahlung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlass bittlich.

Sugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinden der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederrwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Siegelheim.

Nr. 133

Dienstag, den 11. Juni 1929

51. Jahrgang.

Die Reichsbahn beantragt Tarifierhöhung.

Amtlicher Teil.

Dienstag, den 11. Juni 1929, vorm. 10 Uhr
sollen in Callenberg eine Rändermaschine, eine Kommode meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter: „Gasthaus Seiterer Bld., Callenberg.“
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg, den 10. Juni 1929.

Mittwoch, den 12. Juni 1929, Vormittags 10 Uhr
sollen im gerichtlichen Pfandraume 2 Nähmaschinen, 1 Klavier und ein Auto meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg, den 10. Juni 1929.

Wegeperrung.

Die Dorfstraße in Widersdorf wird wegen Massen-Schuttanfuhrer für schweres Fuhrwerk und Lastautos bis auf Weiteres gesperrt.
Der Gemeinderat.
Widersdorf, den 10. Juni 1929. Veier, Bürgermeister.

König Fuad von Ägypten wurde heute Montag Vormittag in Berlin am Lehrter Bahnhof vom Reichspräsidenten begrüßt.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags genehmigte den Vorschlag der allgemeinen Finanzverwaltung.

Severing sprach im Reichstag über die Matruhen.

Die gestern in Münster abgehaltene Vollversammlung des Bundes der Saarvereine nahm eine Entschließung an, in der die ungeklärte Rückgabe des Saargebietes an Deutschland gefordert wird.

In Lemberg dauern die antijüdischen Demonstrationen an.

Die spanische Zeitung „La Voz“ veröffentlicht ein gescheitertes Stresemann-Interview.

Das englische Kabinett Macdonald hielt seine erste Sitzung ab.

Die Königin von Afghanistan wurde von einem Mädchen entbunden.

*Waldenburg, 10. Juni 1929

Der nunmehr veröffentlichte Youngplan zerfällt in zwölf Teile, acht Anhänge und eine Denkschrift, die dem Plan beigelegt ist. Die ersten fünf Teile sind allerdings rein theoretischer Art, die praktischen Vorschläge der Sachverständigen beginnen erst bei Punkt 6. Die Punkte 1, 2 und 5 bringen lediglich statistische Mitteilungen über die Einberufung der Konferenz, die Zahl ihrer Sitzungen während der 17-tägigen Tagung und ihre Arbeitsmethoden. Wesentlich interessanter sind die Punkte 3 und 4. So enthält Punkt 3 den Sachverständigen das interessante Geständnis, daß es mit der rein wirtschaftlichen Lösung der Tributfrage nichts war, sondern daß doch die Politik ausschlaggebend war. „Während der Dauer unserer Beratungen“, so heißt es, „und mit unseren vorgebrachten Vorschlägen haben wir vergeblich versucht, eine Lösung auf wirtschaftlicher und finanzieller Grundlage zu erreichen. Aber wir müssen ebenso wie unsere Vorgänger feststellen, daß politische Faktoren notwendigweise unseren Entscheidungen eine Grenze gesetzt haben, wenn wir überhaupt Vorschläge machen wollten, die Aussicht auf Annahme haben. Wir haben infolgedessen unsere Entscheidungen nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf politische Betrachtungen eingestellt.“

Der vierte Abschnitt beschäftigt sich eingehend mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Zukunftsaussichten Deutschlands, wobei die wertvolle Hilfeleistung der verschiedenen Instanzen, die hierüber im vergangenen wertvolle Aufschlüsse geben könnten, hervorzuheben wird. Insbesondere wurde ausgeführt, daß die in den zahlreichen Erörterungen des Ausschusses und in der Beantwortung der an sie gerichteten Fragen angelegentlich zu berücksichtigen sind. Die Schlusfolgerungen des Ausschusses dauernd und nachhaltig beeinflussen hätten.

Der Berichtsteil nimmt dann Bezug auf die Ausführungen der deutschen Sachverständigen über die

Landwirtschaft, den Reichshaushalt, die deutsche Zahlungsbilanz und die Belastung des Budgets durch Entschädigung seiner Staatsangehörigen für Kriegsverluste, Einfluß der Zollgrenzen, die Lage der deutschen Industrie und die Notwendigkeit, das im Kriege verlorene Kapital wieder herzustellen. Weiter wird ausgeführt, daß die deutschen Sachverständigen besonders darauf aufmerksam machten, wie sich durch den Krieg die Lage Deutschlands verändert hat, seine Rohstoffgrundlage innerhalb und außerhalb der Grenzen vermindert und dadurch die deutsche Zahlungsfähigkeit beeinflusst wurde. Unter den Entwicklungsmerkmalen, die sich bei einem Ueberblick auf die letzten fünf Jahre am stärksten abzeichnete, sei besonders auf die Steuerkraft, die Transfer-Möglichkeit, den Einfluß ausländischer Anleihen und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands hinzuweisen. Während in dieser Hinsicht die nichtdeutschen Sachverständigen zu der Ansicht gekommen seien, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, jährliche Summen in der Größenordnung des Dawesplanes im Wege innerer Besteuerung oder Anleiheaufnahme aufzubringen, nicht ernstlich in Zweifel gezogen werden könne, hätten die deutschen Sachverständigen die Auffassung vertreten, daß das ausländische Kapital, das in den letzten fünf Jahren nach Deutschland geflohen sei, die steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur vorübergehend gesteigert habe und daß die tatsächlich während dieses Zeitraums erhobenen Steuern zu einem beträchtlichen Teil aus der Substanz bezahlt worden sei, so daß es sehr zweifelhaft erscheine, was Deutschland überhaupt aus Ueberschüssen seiner Wirtschaft zahlen könne.

Die nichtdeutschen Sachverständigen hätten demgegenüber betont, daß es sich bei den vergangenen Jahren nur um eine Uebergangsperiode gehandelt habe und daß der in ihr durchgeführte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erheblich höhere Werte als die von Deutschland geborgten Summen geschaffen habe. Diese Uebergangsperiode sei nunmehr abgeschlossen. Jedenfalls sei eine endgültige Festsetzung der deutschen Schuld, die Deutschland unter Ausschaltung des vorhandenen politischen Mechanismus auf Grund eigener Verantwortlichkeit zu zahlen habe, für seinen Kredit und die Entfaltung seiner Kräfte zweifellos von Vorteil. Mit dem Ergebnis der Konferenz glaube man allen Bedürfnissen Deutschlands gerecht geworden zu sein, zumal auch für die Zeit vorübergehender Schwierigkeiten durch die Möglichkeit eines Transfer- und eines Anbringungsauflaufs Vorsorge getroffen worden sei.

Soweit der theoretische Teil, der offenbar dazu dienen soll, die Sachverständigen zu rechtfertigen, weshalb sie sich den wirtschaftlichen Erwägungen so wenig zugänglich zeigten. Sie wollten den deutschen Einwendungen keinen Glauben schenken, weil die „politischen Faktoren“ sie in ihren Entscheidungen einengten.

Schlechter Stand der Minderheitenfrage.

Die Mehrheit für den Dreierbericht.

In der Minderheitenfrage haben die letzten Verhandlungen des Ratkomitees eine ungünstige Wendung genommen. Es ergab sich, daß die Mehrheit der Ratkomiteesmitglieder mit den in der vorliegenden Fassung völlig ungenügenden Vorschlägen des Dreier-Ausschusses einverstanden ist. Das Gesamtergebnis der Beratungen ist zur Stunde das, daß gegen Deutschland, Finnland und Kanada die Empfehlungen des Londoner Berichtes mehr oder weniger angenommen sind. Am Dienstag wird das Ratkomitee nochmals zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der das weitere Schicksal der Minderheitenschutzfrage entschieden werden dürfte.

Ueber die Bedeutung der letzten Sitzung des Ratkomitees geben die Meinungen auseinander. Die Abordnungen Frankreichs, Polens und der Kleinen Entente versichern, eine Vertagung der Debatte auf den Herbst könne nun nicht mehr erfolgen, da ja bereits alles grundsätzlich entschieden sei. Demgegenüber bezeichnet man in den Kreisen der deutschen Delegation die Grundfragen des Minderheitenschutzes als noch offen.

Sollte das Ratkomitee den Londoner Bericht tat-

sächlich annehmen, dann wird der Rat das letzte Wort zu sprechen haben. Da Reichsaußenminister Dr. Stresemann an der Dienstag-Sitzung des Ratkomitees teilzunehmen beabsichtigt, ist anzunehmen, daß Dr. Stresemann bereits im Ratsausschuß das Wort ergreifen wird.

Reichsbahn beantragt Tarifierhöhung.

Der Verwaltungsrat glaubt, den verbindlich erklärten Schiedspruch aus lauwarmen Einnahmen nicht erfüllen zu können.

In Ausführung eines Beschlusses des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft will Generaldirektor Dr. Dormüller im Laufe des heutigen Montags an die Reichsregierung herantreten und eine Erhöhung der Eisenbahntarife beantragen. Er will seinen Antrag damit begründen, daß die Reichsbahn außerstande ist, die ihr durch den verbindlich erklärten Schiedspruch erwachsenden neuen Lasten in Höhe von 55 Millionen Mark jährlich zu decken.

Die Entscheidung über den Antrag wird zunächst beim Reichsfinanzminister liegen. Daß eine abermalige Erhöhung der Tarife unter allen Umständen vermieden werden muß, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

1930 Schließung der Werkstätten in Glogau und Frankfurt.

Berlin, 10. Juni. Wie sich aus der Antwort der Reichsregierung auf eine Entschließung des Reichstags ergibt, bleibt die Reichsbahn dabei, die Eisenbahnausbesserungswerke Frankfurt a. D. und Glogau schließen zu müssen. Die Durchführung der Schließung soll aber bis 1930 hinausgeschoben werden. Das in den Werkstätten beschäftigte Personal soll nach Möglichkeit in anderen Bahnbetrieben untergebracht werden.

Pariser Zwischenfälle.

Feuer im Konferenzzimmer. — Der symbolische Händedruck.

Kurz vor der Unterzeichnung des Youngplans hat sich ein kleiner Zwischenfall ereignet. Durch einen Scheinwerfer wurde ein Vorhang in Brand gesetzt, und das Feuer drohte sich auf die anderen Vorhänge auszudehnen. Einem Sachverständigen gelang es noch rechtzeitig, den Vorhang herunterzureißen und den Brand durch einen Abschapparat zu löschen. Durch die Hitze war die große Spiegelglocke der Glasklar, die der Vorhang bedeckte, geplatzt.

Bei der Unterzeichnung des Schiedspruchs stellten sich Young, Schacht und Moreau den Photographen. Young in der Mitte gab mit symbolischer Geste Moreau und Schacht die Hand. Sofort entstand das geflügelte Wort: Die Hand, die zahlen wird, die Hand, die erhalten mußte und die Hand, die schließlich tatsächlich einfließt.

Das Saarland will heimkehren!

Bedeutende Kundgebung der Saarvereine in Münster.

Die Stadt Münster steht vollkommener unter dem Eindruck der neunten Tagung des Bundes der Saarvereine. Der Tagung sind viele telegraphische Grüße der Regierung, der Parlamente, der politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen zugegangen. An der Spitze stehen die Begrüßungsgramme des Reichspräsidenten, des Reichszanklers, des Reichsministers für die besetzten Gebiete und des preussischen Innenministers. In dem Telegramm des Reichsministers für die besetzten Gebiete Dr. Wirth heißt es u. a.:

„Vor 10 Jahren hat der Versailler Vertrag die Abtrennung des Saargebietes von der deutschen Verwaltung ausgesprochen und die Saar einem Sonderstatus überantwortet, dessen Naturwidrigkeit die Hauptursache der Uebel ist, unter denen die Deutschen an der Saar leiden. Es war aber keine Trennung der Herzen! Unlöslich stehen die Deutschen im Reich und an der Saar zusammen als Glieder eines und desselben Staatsvolkes. Soll Sehnsucht erwarten sie die